

# Zeitschriften

## Theologie und Religion

KÜHN, ULRICH. Die ökumenische Verpflichtung der lutherischen Theologie. In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 122 Heft 6 (Juni 1997) S. 524–533.

Es handelt sich um die Abschiedsvorlesung des vor allem auch um das ökumenische Gespräch hochverdienten Leipziger evangelischen Systematikers. Kühn setzt sich dabei kritisch mit dem von verschiedenen Seiten in der deutschen evangelischen Theologie erhobenen Vorwurf auseinander, der bisherige lutherisch-katholische Dialog sei Ausdruck einer zunehmenden „Katholisierung“ des Luthertums und deshalb negativ zu bewerten. Demgegenüber erinnert Kühn an die „katholischen“ Elemente der lutherischen Reformation selber: „Diese Katholizität ist gewiß nicht identisch mit dem Selbstverständnis des römischen Katholizismus, aber sie bildet doch eine überraschend konvergierende Perspektive gerade für das ökumenische Gespräch in der westlichen Christenheit.“ In diesen Zusammenhang gehören für ihn die Verwiesenheit auf die Heilige Schrift jenseits eines enggeführten Schriftprinzips, der betonte Bezug der lutherischen Reformation auf die kirchliche Tradition, ihr Festhalten an der Struktur des kirchlichen Amtes ungeachtet aller notwendigen und „bis heute teilweise unüberholten“ Kritik am römisch-katholischen Amtsverständnis und die aus der lutherischen Rechtfertigungslehre erwachsende ökumenische Verpflichtung. Die von Kühn kritisierte protestantische Rekonfessionalisierung ist für ihn auch „eine gewisse deutsche Provinzialisierung“.

LANDERSDORFER, ANTON. „Hier Staatsschule, dort Kirchenschule“. In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 48 Heft 3/4 (1997) S. 313–330.

Der Autor liefert einen aufschlußreichen Beitrag zur in den letzten Jahren wieder aufgeflamten innerkirchlichen Diskussion über die Theologischen Fakultäten an deutschen Universitäten, indem er eine in vieler Hinsicht vergleichbare Kontroverse der letzten Jahrhundertwende darstellt. Auch damals wurde aus Anlaß der Gründung einer katholisch-theologischen Fakultät

an der (seinerzeit deutschen) Universität Straßburg heftig darüber gestritten, ob die wissenschaftliche Ausbildung künftiger Priester an kirchlichen Seminaren oder an staatlichen Fakultäten stattfinden solle. Kritiker der Fakultäten hielten diesen mangelnde Kirchlichkeit vor und warnten vor schädlichen Einflüssen der staatlichen Universität auf die angehenden Priester; die Verteidiger des deutschen Systems der Priesterausbildung warnten vor einem Rückzug der Theologie aus der Universität, der eine Absage an die öffentliche Präsenz von Kirche und Glauben bedeuten würde. Die besseren Argumente lagen für Landersdorfer eindeutig bei den Befürwortern der Theologenausbildung an Universitätsfakultäten. Er zitiert den damaligen Freiburger Kirchenrechtler Franz Heiner mit dem Satz, wer den Rückzug von der Universität betreibe, „der stellt sich ein Zeugnis seiner Beschränktheit und Kurzsichtigkeit für die Bedürfnisse unserer Zeit aus, die er vor Gott wird verantworten können.“

## Kultur und Gesellschaft

REESE-SCHÄFER, WALTER: Supranationale oder transnationale Identität – zwei Modelle kultureller Integration für Europa. In: Politische Vierteljahresschrift Jhg. 38 Heft 2 (Juni 1997) S. 318–329.

Den Ausgangspunkt dieses Beitrags bildet die Annahme, daß eine belastbare kollektive Identität in Europa unverzichtbare Voraussetzung einer weiteren Integration ist. Für Reese-Schäfer stehen dafür zwei „Identitätspolitik“ zur Wahl, die er typisiert einander gegenüberstellt: eine supranationale gesamteuropäische Identität, die nach und nach und sicherlich durch eine Reihe von Übergangskrisen hindurch die Nationalitäten einschmelzen werde oder die Zielvorstellung eines Nationalitätenverbundes, bei dem die maßgeblichen Staatsaufgaben auf nationalstaatlicher Ebene verbleiben würden. Den Vorzug des ersten Modells begründet Reese-Schäfer vor allem mit der damit verbundenen weiteren Demokratisierung: Die Regierungsfunktionen der Europäischen Union unterständen dann in sehr viel direkterer Weise einer re-

präsentativ parlamentarischen Kontrolle; nachteilig bleibe eine relative „Bürgerferne“. Für die zweite Lösung spreche der vermutlich aussichtsreichere kulturelle Minderheitenschutz. Während aber auf der Ebene der Institutionen viel für eine supranationale Politik spreche, bleibe für den kulturellen Bereich allenfalls eine „transnationale Identitätsform“ vertretbar. Der Versuch, eine kollektive kulturelle Identität Europas zu propagieren, wäre angesichts sprachlicher, informationeller und kultureller Globalisierungsprozesse aussichtslos, würde aber auch im normativen Sinne der europäischen Vielfalt in keiner Weise gerecht werden.

THOMPSON, MARK R. Die weltweite Demokratisierungswelle und die Erfahrungen der ASEAN-Länder. In: KAS-Auslandsinformationen Jhg. 13. Heft 6 (1997) S. 80–96.

Im ersten Teil seines Beitrags skizziert und analysiert der Glasgower Politologe die weltweite Demokratisierungswelle der letzten zwanzig Jahre, die in den 70er Jahren in Südeuropa beginnend, zunächst nach Lateinamerika überschwappte und schließlich auch den asiatisch-pazifischen Raum erreichte, von den Philippinen nach Südostasien rollte, um schließlich im Zusammenbruch des sowjetischen Blocks zu gipfeln. Obwohl sich die Welle abzuschwächen scheinete, habe sie doch auch Afrika erreicht, obgleich in einigen Ländern dort die Demokratie komplett gescheitert sei. Die Ursachen für die Demokratisierungswelle selbst sieht Thompson in Abgrenzung zur sogenannten Modernisierungstheorie in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der autoritären Regime, aber etwa auch im veränderten Politikverständnis der katholischen Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und schlicht in den mangelnden ideologischen Alternativen zur Demokratie. Den Grund, warum im internationalen Vergleich innerhalb der ASEAN-Staaten nur sehr verhalten Demokratisierungen stattgefunden haben – als Beispiele wählt Thompson Indonesien, Malaysia und Singapur – sieht der Autor darin, daß sich ihre Regierungen hauptsächlich nur durch hervorragende wirtschaftliche Ergebnisse legitimierten. Einige hätten überdies zwar die Form, nicht aber den Charakter eines demokratischen Landes angenommen.